

Aus der Region

Ambergtunnel in Feldkirch ab Montag teilweise gesperrt

FELDKIRCH In der Woche ab Pfingstmontag, den 5. Juni, starten auf der österreichischen Rheintalautobahn A 14 im Bereich des Ambergtunnels Bauarbeiten, die circa ein halbes Jahr dauern werden und bestimmte Verkehrsbeschränkungen erfordern. Dies teilte das Land Vorarlberg am Freitag mit. In der ersten Bauphase werden in beiden Tunnelröhren jeweils einzelne Fahrstreifen nicht befahrbar sein - und zwar von 9 bis 16 Uhr und von 19.30 bis 6 Uhr. Im Zeitraum ab Montag, den 10. Juli, bis voraussichtlich Anfang Oktober wird die Weströhre (Fahrtrichtung Tirol) mehrmals über Nacht gesperrt, danach bis zum geplanten Abschluss der Bauarbeiten am Donnerstag, den 28. Dezember, die Ost-röhre (Fahrtrichtung Deutschland). Diese vereinzelt nächtlichen Sperren dauern jeweils von 19.30 Uhr abends bis 6 Uhr morgens. Der Verkehr wird dann durch die jeweils freie Tunnelröhre geführt. (red/pd)

Übersehen

Kollision zwischen Auto und E-Bike fordert Verletzte

SCHAANWALD In Schaanwald ist es am Freitagmorgen zu einem Zusammenstoss eines Autos und eines Elektrofahrrads gekommen. Dabei verletzte sich die Fahrradfahrerin und musste mit dem Rettungsdienst ins Spital gebracht werden. Zum Unfallhergang: Eine Autolenkerin fuhr um kurz vor 7.30 Uhr auf der Riet-



Die Fahrerin des E-Bikes wurde beim Unfall in Schaanwald verletzt und musste mit der Rettung ins Spital gebracht werden. (Foto: LPFL)

strasse in östliche Richtung mit der Absicht, beim Verzweigungsbereich zur Vorarlbergerstrasse rechts abzubiegen. Bei diesem Rechtsabbiegemanöver übersah sie eine Frau mit ihrem Elektrofahrrad, es kam zur Kollision. In der Folge stürzte die Fahrradfahrerin erst auf die Motorhaube und dann zu Boden. (red/lpfl)

«Volksmund»

Zu schön, zu urchig, um in Vergessenheit zu geraten

SCHAAN Das «Volksblatt» stellt in loser Folge Dialektbegriffe vor, die der jüngeren Generation mitunter bereits nicht mehr geläufig sein dürften. Natürlich greifen wir auch hierbei gerne auf das diesbezüglich breite Wissen unserer Leserschaft zurück. Kritik, Lob und Vorschläge sind willkommen - und erreichen uns unter der folgenden E-Mail-Adresse: redaktion@volksblatt.li. (red)



iischmörba

EINSCHMIEREN/EINCREMEN

DO HÄSCH SUNNACREM. WENN Z BERG GOHSCH MUASCH DI GUAT IISCHMÖRBA.

Bürgergenossenschaft Eschen führt Briefwahl für Mitglieder ein

Neuerung Die Bürgergenossenschaften sind aufgrund der jüngsten Geschehnisse in Verruf geraten. Nun hat sich die Organisation in Eschen entschlossen, aktiv zu werden und für bestimmte Abstimmungen die Briefwahl einzuführen.

VON SILVIA BÖHLER

Sie verhindern die Gemeindeentwicklung, einige wenige bestimmen, was in der Gemeinde umgesetzt wird: Die Bürgergenossenschaften sind mit der Ablehnung verschiedener Projekte äusserst negativ in die Schlagzeilen geraten. Mit Sorge wurde diese Entwicklung von verschiedenen Mitgliedern der Bürgergenossenschaft Eschen beobachtet. Nun hat sich die Organisation entschlossen zu handeln. Bei der jüngsten Versammlung hat sich die Mehrheit der Mitglieder dafür ausgesprochen, in bestimmten Bereichen künftig per Briefwahl abzustimmen. Werner Bieberschulte, Vorsitzender der Bürgergenossenschaft Eschen, erklärt: «Sinn der Briefwahl ist es, eine höhere Stimmbeteiligung zu erreichen und so eine breitere, demokratischere Entscheidungsfindung zu ermöglichen. In Zukunft sollen nicht nur ein paar wenige, über die Gemeindeentwicklung bestimmen können.» Bieberschulte stellt aber auch klar: «Die Abstimmung per Briefwahl erfolgt nur dann, wenn ein öffentliches Interesse tangiert wird.» Ansonsten bleibe alles wie gehabt.

«Um zu verhindern, dass das öffentliche Interesse seitens der Bürgergenossenschaft willkürlich festgelegt wird, wird dieses durch die Gemeinde definiert», erklärt Rechtsanwalt Wilfried Hoop. Das heisst, es ist die Gemeinde, die im Rahmen einer Abstimmung im Gemeinderat oder allenfalls als Folge einer Abstimmung der Gemeindeversammlung ein konkretes Begehren an die Bürgergenossenschaft stellt.

Pro und Kontra

Die Neuerung hin zur Briefwahl wurde jedoch nicht von allen Mitgliedern der Eschner Bürgergenossenschaft gutgeheissen. Manche befürchten, dass Argumente gegen ein Projekt nicht mehr ausreichend vermittelt werden können. Bisher erhielten die Mitglieder eine kurze, schriftliche Information, am Versammlungstag wurde dann ausführ-

SAMSTAG 25. APRIL 2017 **Volksblatt** Inland | 3

Schwerpunkt Die Rolle der Bürgergenossenschaften

Bremsklotz in der Gemeindeentwicklung? Die Kritik an Genossenschaften wird lauter

Pattsituation Gemeinden sollen sich dynamisch entwickeln, Orte sein, die Lebensqualität und Arbeitsplätze bieten. Doch die Dynamik scheint gehemmt - das Zusammenspiel von Gemeindeverwaltung und Bürgergenossenschaft ist schwierig. Manche wünschen sich eine Modernisierung, manche gar eine Abschaffung.

VON SILVIA BÖHLER

In fünf Gemeinden des Landes hat neben der Gemeindeverwaltung auch die jeweilige Bürgergenossenschaft ein bedeutendes Wort in der Ortsgestaltung mitzureden. Projekte wie der islamische Friedhof in Schaan oder das Technische Zentrum in Eschen wurden etwa gestoppt, weil die Bürgergenossenschaften nicht bereit waren, ihre Grundstücke für diese Projekte zur Verfügung zu stellen. Aber auch Bürgergenossenschaften würden ihrerseits gerne Projekte verwirklichen. Die LieArena war ein solches, bei dem sich die Initianten allerdings mit der Gemeinde nicht einigen konnten, oder der Windpark And, der bei den Balzner Bürgern abblitzte. Bei der Gründung der Bürgergenossenschaften ging man davon aus, dass diese im Interesse der Allgemeinheit partnerschaftlich mit den politischen Gemeinden zusammenarbeiten. Ein schwieriges Unterfangen, wie sich immer öfters herausstellt. «Schwierige Verhandlungen, unnötige Bürokratie und hohe Kosten», kritisiert etwa Alexander Batli-

Nicht alle Gemeindeführer

Die Kritik an den Bürgergenossenschaften wurde lauter, das «Volksblatt» berichtete Ende April darüber. (Faksimilie: VB)

lich diskutiert und anschliessend über die entsprechenden Vorhaben abgestimmt - auf Verlangen der Mitglieder kann dies auch schriftlich und geheim erfolgen. In Zukunft soll das Abstimmungsverfahren folgendermassen aussehen: Besteht ein öffentliches Interesse und die Abstimmung soll durch eine Briefwahl erfolgen, werden die Mitglieder der Bürgergenossenschaft vor der Wahl zu einer Informationsveranstaltung geladen. «Dort wird über das jeweilige Projekt umfassend informiert sowie Pro und Kontra diskutiert. Jene, die nicht an der Informationsveranstaltung teilnehmen können, sollen ausführlich schriftlich informiert werden», erklärt Werner Bieberschulte. Zu einem späteren Zeitpunkt haben die Mitglieder dann die Möglichkeit,

ihre Stimme per Briefwahl abzugeben. Die Abstimmung würde so unabhängig von einem Saal und einer bestimmten Uhrzeit stattfinden und alle hätten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben. Für die briefliche Stimmabgabe würden die Bestimmungen des Volksrechtgesetzes gelten, so Wilfried Hoop.

Statuten müssen geändert werden
Damit das Vorhaben in die Praxis umgesetzt werden kann, müssen die Genossenschaftsstatuten geändert werden. In der Versammlung am 31. Mai wurde ein diesbezüglicher Entschluss von den Mitgliedern der Bürgergenossenschaft Eschen gefasst. Werner Bieberschulte: «Wir werden die Statuten nun beim Passus Abstimmung mit einem entsprechenden Zusatz versehen. Das Bürgerge-

nossenschaftsgesetz muss nicht geändert werden.»

Vorbild Eschen
Auch andere Bürgergenossenschaften im Land wollen eventuell nachziehen und sehen mit der Briefwahl einen gangbaren Weg, um mehr Mitglieder für eine Abstimmung zu gewinnen. Ursula Wachter, Vorsitzende der Bürgergenossenschaft Vaduz: «Abstimmungen per Brief sind auch für uns denkbar. Ein solches Projekt ist aber noch nicht in der Pipeline.» Vorerst abwarten will auch die Bürgergenossenschaft Balzers, dessen Vorsitzender Silvio Wille sagt: «Wir werden sehen, wie die Eschner die Briefwahl umsetzen und was rechtlich dazu notwendig ist. Denkbar ist eine Briefwahl aber auch in Balzers.»

FL will Staatsbeitrag für OKP erneut erhöhen

Kosten Viele Menschen seien von den Konsequenzen der Krankenversicherungsreform überrollt, schreibt die Freie Liste (FL) in einem Forumsbeitrag. Sie könnten die Arztrechnungen nicht mehr bezahlen. Die Partei fordert daher erneut eine Erhöhung des Staatsbeitrages.

VON DORIS QUADERER

Werde der Staatsbeitrag an die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) von heute 33 Millionen Franken auf 43 Millionen Franken erhöht, dann spare jeder Versicherte pro Monat rund 36 Franken, argumentiert die Freie Liste. In den vergangenen Jahren hatte die Freie Liste im Juni-Landtag bei der Festlegung des OKP-Staatsbeitrages ähnliche Forderungen gestellt, war jedoch damit nicht durchgedrungen. Ähnlich schwierig dürfte es auch in diesem Jahr werden. Doch die FL pocht darauf: Eine Erhöhung sei nötig, weil seit der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes (KVG) viele Leute aus Kostengründen den Gang zum Arzt scheuten. «Einige erklären uns, dass sie bereits vereinbarte Arzttermine wieder absagen, weil sie nicht für die

Rechnungen aufkommen können», schreibt FL-Geschäftsführer Thomas Lageder. Grund seien die höheren Franchisen und der Selbstbehalt. Wählt jemand die tiefste Franchise von 500 Franken, muss er im Krankheitsfall maximal 600 Franken Selbstbehalt und Franchise zusätzlich zu den Krankenkassenprämien berappen. Zwar ist im Gegenzug die OKP-Prämie um mehr als 300 Franken gesunken, dennoch ist laut FL die Belastung jetzt für viele zu gross. Für die Partei ist klar: Die Reichen müssen mehr zur Kasse gebeten werden. «Ob dies nun über einen höheren Staatsbeitrag - also im Endeffekt Steuern - passiert oder über erwerbsabhängige Krankenkassenprämien, ist zweitrangig», argumentiert Lageder.

System bereits jetzt solidarisch
Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini gibt zu bedenken, dass das System bereits jetzt einkommensabhängig ausgestaltet ist. «Das Instrument der Prämienverbilligung führt für Personen mit geringem Einkommen nicht nur zu einer einkommensabhängigen Krankenkassenprämie, sondern seit der KVG-Revision auch zu einer einkommensabhängigen Kostenbeteiligung», erklärt der Minister. Auch seien im Zuge der KVG-Revision die Einkommensgrenzen von Ehepaaren angehoben worden, sodass mehr Paare

in den Genuss von Prämienverbilligungen kämen. «Unser System ist daher sehr solidarisch aufgebaut», erklärt Pedrazzini. Weiter merkt er an, dass die Schweiz beispielsweise weder einen Staatsbeitrag an die Krankenkassen noch einen Arbeitgeberbeitrag an die Prämien kenne. Auch Kinder seien dort nicht prämienebefreit. Diese Faktoren würden zu einer zusätzlichen Entlastung der Familien führen.

Mehr unbezahlte Arztrechnungen?
Der Krankenkassenverband kann bisher keine Steigerung von nicht bezahlten Arztrechnungen feststellen. Für eine detaillierte Antwort fehlten jedoch noch die genauen Zahlen, erklärte Thomas Hasler, Geschäftsführer des Liechtensteinischen Krankenkassenverbandes, auf Anfrage. Dass Patienten wegen der hohen Kosten den Gang zum Arzt scheuten und dadurch Krankheiten verschleppten, kann sich Thomas Hasler nicht vorstellen. «Das ist sicherlich nicht so. Jeder in Liechtenstein ist obligatorisch versichert. Bis auf Franchise und Selbstbehalt werden die Arztrechnungen in der OKP durch die Krankenversicherung beglichen. Wir glauben nicht, dass jemand seine Gesundheit aufs Spiel setzt, um ein paar Franken zu sparen.» Wer aus wirtschaftlichen Gründen in Bedrängnis komme, könne Prämienverbilligung beantra-

gen oder erhalte wirtschaftliche Hilfe beim Amt für Soziale Dienste. Schliesslich betonten sowohl der Minister als auch der LKV-Geschäftsführer, dass Franchisen und Selbstbehalte auch deshalb erhöht worden seien, um die Selbstverantwortung zu stärken. Denn ist es solidarisch, wenn die Allgemeinheit mitzahlen muss, wenn jemand wegen jedem Wehwechen einen Arzt aufsucht? Der Landtag wird sich darüber erneut Gedanken machen müssen.

ANZEIGE

Linde wellnesshotel ★★★★★

Entspannungstage Rosenduft
ab sofort bis 31. Juli 2017
€ 386,70 im DZ Pfänder

3 bzw. 4 ÜN (Do-So oder So-Do) mit Verwöhn-pension, Aroma-Rückenmassage „Rosenduft“ usw., SunsetSPA unsere Wellness-Wasserwelt zur völligen Entspannung, Saunawelt und Panorama-Wellnessbad, Whirlpool im Garten,...

Wellnesshotel Linde****
6934 Sulzberg - Austria,
Tel. +43(0)5516/2025-0
linde@bregenzerwaldhotels.at
www.wellnesshotellinde.at